

»Ein Interesse zur Erhaltung dieser Bevölkerung besteht unsererseits nicht«

Unter Floskeln begraben oder ignorieren? Des 80. Jahrestags des Überfalls auf die Sowjetunion offiziell gedenken wollte die Bundesregierung nicht; wie wird sie sich angesichts des 80. Jahrestags des Beginns der Hungerblockade Leningrads verhalten?
Von Rolf Surmann



»Ein besonderer Freudentag für die Kanoniere« (NS-Originalbildtext): Eine Geschützatterie der Wehrmacht feiert den Abschuss der 25.000. Granate in der Schlacht um Leningrad, März 1943

Wir blicken nach wie vor fassungslos und voller Scham auf die Schicksale und Erinnerungen der Überlebenden.« Ein Satz wie dieser aus der Rede des Außenministers Heiko Maas anlässlich eines Besuchs des früheren Leningrad (heute wieder, wie zur Zarenzeit, St. Petersburg) im vergangenen Jahr wird jetzt wohl häufiger zu hören sein. Denn am 8. September jährt sich zum 80. Mal der Beginn der Blockade Leningrads durch deutsche Truppen, die circa 1,1 Millionen Bewohnern der Stadt den Tod brachte. Seine Wiederholung in der einen oder anderen Form wäre typisch für die deutsche »Erinnerungskultur«: Er ist nicht wahr, sondern gehört letztlich zum Fundus der gängigen Phrasen, die zur Verwischung der historischen Wirklichkeit im Umlauf sind. In diesem Fall geschieht dies mit der Behauptung, »wir« seien »nach wie vor fassungslos und voller Scham«. Das war in der Bundesrepublik nie der Fall. Vielmehr wurden die deutschen Verbrechen ignoriert oder allenfalls weggeredet und ansonsten der nazistische Vernichtungskrieg nach 1945 als Kalter Krieg gegen die Sowjetunion fortgesetzt. Was hat sich geändert, dass ein Außenminister jetzt diese Töne anschlägt, und was folgt aus diesem »Wandel«?

Lügen der frühen Bundesrepublik

In Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion wurden zwei ausschlaggebende Pläne für die Besatzungszeit entwickelt: der sogenannte Hungerplan, der direkt nach dem Sieg im »Blitzkrieg« durch Aushungern der sowjetischen Bevölkerung sicherstellen sollte, dass Wehrmacht und deutsche Volksgemeinschaft ausreichend mit Lebensmitteln und Rohstoffen versorgt werden konnten, und der »Generalplan Ost«. Dieser sah die Kolonisierung Osteuropas und damit auch des europäischen Teils der Sowjetunion vor, nachdem ein großer Teil der sowjetischen Menschen entweder getötet oder in für Deutschland uninteressanten Gebieten ihrem Schicksal überlassen worden war.

Das Grundkonzept des Hungerplans ist in dem Protokoll einer Staatssekretärsbesprechung am 2. Mai 1941 festgehalten worden. Schon hier heißt es in brutaler Offenheit, es »werden zweifellos zig Millionen Menschen verhungern, wenn von uns das für uns Notwendige aus dem Lande herausgeholt wird«. Wie dies geschehen sollte, geht aus dem im Anschluss vom Staatssekretär im Reichsernährungsministerium, Herbert Backe, und seinem engen Mitarbeiter Hans-Joachim Riecke verfassten »Wirtschaftspolitischen Richtlinien« hervor.

Ausgehend von der Feststellung, dass die Sowjetunion wegen einer um 30 Millionen Menschen gewachsenen Bevölkerung, die sich vor allem in den Großstädten konzen-

triert, keine Lebensmittelüberschüsse mehr produziert, folgerte man, ein möglicher Getreideüberschuss hänge nicht von der Höhe der Ernte ab, sondern von der Menge des Selbstverbrauchs. Deshalb müsse der Konsum strikt gesenkt werden. Dies schien den Herren auch machbar zu sein, weil das »Hauptüberschussgebiet« der Lebensmittelproduktion vom »Hauptzuschussgebiet« getrennt liege. Hieraus zog man den Schluss, der Transfer von Lebensmitteln in die »Zuschussgebiete« müsse ohne Rücksicht auf die Bevölkerung eingestellt werden: »Die Bevölkerung dieser Gebiete (Hauptzuschussgebiete, R. S.), insbesondere die Bevölkerung der Städte, wird größter Hungersnot entgegensehen müssen ... Viele zehn Millionen von Menschen werden in diesem Gebiet überflüssig und werden sterben oder nach Sibirien auswandern müssen.«

Der Plan wurde am 1. Juni 1941 in seinen Grundzügen als »Gelbe Mappe« an 10.000 »Landwirtschaftsführer« verteilt. Im Verlauf des Juni gab der Hermann Göring unterstellte Wirtschaftsführungstab Ost entsprechende Befehle an die Wehrmacht und an die vorgesehene Wirtschaftsleitung vor Ort heraus (»Grüne Mappe«). Doch konnten die Anweisungen aufgrund des Kriegsverlaufs in der beabsichtigten Form nicht umgesetzt werden. Nach Schätzungen wären ihnen circa 30 Millionen Menschen zum Opfer gefallen.

Tatsächlich richtete sich die Politik der Vernichtung durch Hunger in erster Linie gegen Menschengruppen im nazistischen Herrschaftsbereich, die in der Bewertungsskala der Nazis am unteren Ende standen und auf die sie leichten Zugriff hatten. Das waren nach Untersuchungen des Historikers Götz Aly neben den sowjetischen Kriegsgefangenen und Einwohnern der großen Städte wie Leningrad vor allem Juden, Behinderte und Psychiatriepatienten. Die Zahl der tatsächlich aufgrund der Politik des Aushungerns umgekommenen Menschen ist nicht genau bekannt. Sie wird in der Forschung mit vier bis sieben Millionen angegeben, wobei die Opferzahlen der Bewohner Leningrads und der sowjetischen Kriegsgefangenen allein schon mehr als vier Millionen betragen. Der Hungerplan gehört damit zu den zentralen deutschen Verbrechen. In den Nürnberger Prozessen wurde Hermann Göring auch wegen der Richtlinien zur »Plünderung und Vernichtung jedweder Industrie in den nahrungsmittelarmen Gegenden« und der »Umleitung von Lebensmitteln aus den Überschussgebieten zur Befriedigung des deutschen Bedarfs« zum Tode verurteilt.

Trotz dieser Hilfestellung der Alliierten bei der Justierung der westdeutschen Ethik spielte das Verbrechen »Hungerplan« und speziell die Blockade Leningrads keine Rolle bei der Herausbildung des neuen demokratischen Geschichtsverständnisses. Grundsätz-

lich ging es nicht um die Aufarbeitung der begangenen Verbrechen, sondern um eine Interpretation von Schuld und Verantwortung, die möglichst viele, mit denen der neue Staat gemacht werden sollte, exkulpierete und die westdeutsche Gesellschaft so gut wie eben möglich vor Regressforderungen schützte.

Leningrad spielte lediglich insofern eine Rolle, als in militärischer Hinsicht die Frage nach den Gründen für das Scheitern des beabsichtigten »Blitzkriegs« gegen die Sowjetunion aufgeworfen wurde. Denn hier habe er sich »festgelaufen«. Diese Behauptung war gleich mit zwei Geschichtslügen verbunden: dem Bild von der »sauberen Wehrmacht« und der Distanz zwischen der militärisch korrekten Wehrmacht und dem eigentlich »undeutschen« Verbrecher Hitler.

Im Fall Leningrad suggerierten vor allem die Militärs selbst das Bild einer »sauberen Wehrmacht«, indem sie die Belagerung der Stadt allein unter militärtaktischem Blickwinkel darstellten. So beklagten sie, Hitler habe die Möglichkeit, die Stadt einzunehmen, leichtfertig verspielt und damit eine einmalige Chance ausgelassen. Die zeitgenössische Historikerzunft schloss sich dieser Sichtweise im wesentlichen an. So hieß es in einer Gesamtdarstellung des Zweiten Weltkriegs aus dem Jahr 1960, Hitler habe in Russland den Krieg so geführt, als ob er mit den »Russen« im Bunde gewesen wäre. Verschwiegen wird dabei, dass Hitler – abgesehen von den Vorinformationen über die Ziele der Kriegführung im Juni 1941 – unmittelbar beim Erreichen Leningrads der Heeresgruppe Nord das Vorhaben des Aushungerns bestätigte. Innerhalb der Wehrmachtsstrukturen selbst stellte zum Beispiel die Seekriegsleitung fest: »Sich aus der Lage in der Stadt ergebende Bitten um Übergabe werden abgeschlagen werden ... Ein Interesse zur Erhaltung auch nur eines Teiles dieser großstädtischen Bevölkerung besteht in diesem Existenzkrieg unsererseits nicht.«

Was hier »Hitler« zugeschrieben wurde, entsprang letztlich dem Kalkül der deutschen Eliten bei ihrem zweiten Versuch, die Herrschaft über Europa zu erlangen. Nach 1945 wurde die Hungerblockade zum »normalen Kriegshandwerk« erklärt. Mehr als eine Randgeschichte ist zudem, dass selbst in den westdeutschen Schulbüchern die Blockade verfälscht beschrieben wurde. So wurde ihr Beginn als Ergebnis »glänzender Siege« der Wehrmacht glorifiziert, während nicht einmal auf den begleitenden Karten der militärische Einschluss der Stadt ersichtlich war und das Verbrechen der Hungerblockade in der Regel gar nicht thematisiert wurde. Bekanntlich gelang es erst in den neunziger Jahren, vor allem durch die Ausstellung »Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht«, die Geschichtslüge von der »sauberen Wehrmacht« trotz heftigen Widerstands öffentlichkeitswirksam zu widerlegen.

Zum erwarteten Angebot der Übergabe kam es nicht und damit auch nicht zur Gelegenheit, es zurückzuweisen und die Bewohner/innen zu demoralisieren. Denn die sowjetische Kriegsleitung hatte die Verteidigung der Stadt angeordnet; nach 872 Tagen konnte die Belagerung durch die Rote Armee beendet werden. Auch dies ist ein wichtiger Aspekt zur Beurteilung des Vorhabens der Wehrmacht, die Menschen in Leningrad zu vernichten. Überlegungen etwa, sie bei einem Ausbruchversuch aus der Stadt zusammenzuschießen, waren gegenstandslos geworden.

Wo es kein Verbrechen gibt, gibt es auch keine Täter. Folglich waren die Anfangsjahre der Bundesrepublik von der Entlastungsbehauptung geprägt, die Verbrechen in der Nazi-Zeit seien von Hitler und einer kleinen Clique um ihn herum sowie von wenigen quasi pathologischen »Exzesstäter« begangen worden, von Außenseitern eben. Das galt auch für die Wehrmacht. Davon profitierten vor allem die Offiziere, die zum Aufbau der Bundeswehr herangezogen werden sollten. Sie selbst hatten hierfür zur Bedingung gemacht, keiner weiteren Strafverfolgung ausgesetzt zu sein, und die Freilassung der im Ausland verurteilten Kriegsverbrecher gefordert.

Noch einfacher war es für die sogenannten Funktionseliten. Sie galten grundsätzlich als nicht oder wenig belastete Fachleute. Als solche wollte man auch nach 1945 auf ihre Dienste nicht verzichten. So setzte Hans-Joachim Riecke, enger Mitarbeiter des als Architekt des Hungerplans geltenden Herbert Backe, seine Karriere 1950 als Führungskraft des Hamburger Agrarkonzerns Alfred C. Toepfer (ACT) fort. 1953 publizierte er in einem Sammelband über die Bilanz des Zweiten Weltkriegs den Aufsatz »Ernährung und Landwirtschaft im Kriege«. Darin führt er aus, Backe und er hätten ihr möglichstes getan, um die Ernährung des deutschen Volkes zu sichern und zugleich das Wohlergehen der Völker, denen Lebensmittel entzogen wurden, so wenig wie möglich zu beeinträchtigen. Er präzisierte diese Behauptung mit der Bemerkung, angesichts der »Fremdarbeiter und Kriegsgefangenen, die im Altreich mitversorgt werden mussten, ... erschien (es) vertretbar, dass die Herkunftsländer dieser Personengruppen zu deren Versorgung mit herangezogen wurden«.

Im folgenden Jahr gab Riecke als geachteter moderner Agrarexperte die deutsche Ausgabe eines Buchs des Friedensnobelpreisträgers und ersten Generalsekretärs der Welternährungsorganisation FAO, John Boyd Orr, zur Frage der Überwindung des Hungers in der Welt heraus und schrieb dazu ein Vorwort. Dabei ging er über die Konzeption Orrs hinaus und forderte eine bessere Verteilung des Landbesitzes in den »unterentwickelten« Ländern, um durch deren Stärkung die Voraussetzungen für die Sicherung der Absatzmärkte zu schaffen. Eine

Kommentatorin schrieb dazu: »Auf diese Art wurde der ›Kampf gegen den Hunger‹ beides: eine implizite Form moralischer Wiedergutmachung und die Rechtfertigung für eine Rückkehr der Bundesrepublik auf die Bühne internationaler Politik.« Wigbert Benz spricht in seiner Biografie Rieckes von dessen persönlicher Dialektik: 1941 Hungerplaner, 1954 »Welternährer«. Dieses Einfügen der Nazi-Täter in die westdeutsche Gesellschaft, das erstaunliche Parallelen zur allgemeinen Entwicklung der BRD aufweist, wird in der Regel als große Integrationsleistung gefeiert. Übergangen wird dabei, dass das »Vergessen« ihrer Verbrechen die Voraussetzung dafür war.

Das »Opfernarrativ«

Als vor 30 Jahren Leningrad in Deutschland zum Thema wurde, begnügte man sich nicht damit, aufzuarbeiten, was über 50 Jahre verschwiegen oder verfälscht wiedergegeben worden war. Es musste gleich – Meistererzählungen sind seit 1989 in Mode – eine neue »Meistererzählung« her. Derartige Texte haben zwei Hauptkompositionsmuster. Schön formuliert, präsentiert die »Neue Zürcher Zeitung« eines von ihnen im Vorspann eines Textes aus dem Jahr 2019. Unter dem Titel »Das doppelt verriegelte Gedächtnis« heißt es da: »Was man kaum weiss: Stalins Hass auf die Stadt beförderte Hitlers Vernichtungspläne. Die beiden Diktatorenmonster spielten diese tragische Fuge vierhändig.« Andere greifen noch eine Schublade tiefer und »informieren« darüber, dass es in der Anfangszeit der Belagerung Delikatessen zu kaufen gegeben habe oder die Verteidiger so dumm gewesen seien, vorhandene Lebensmittel zu konzentrieren und den deutschen Bombern so deren Zerstörung erleichterten. Hitler–Stalin, Schuld- und Verantwortungsverschiebung, wenn es passt, auch noch ein bisschen Putin: die seit 1989 aktualisierte Totalitarismustheorie eben.

Die Opfererzählung als zweites zentrales Interpretationsmuster gibt sich dagegen anspruchsvoller. Zwar hängt ihr noch der Ruch extremer politisch-sozialer Inkompetenz aus einer Zeit an, als sich Westdeutschland mit Themen wie »Vertreibung« oder »Feuersturm über deutschen Städten« selbst zum Opfer stilisieren wollte, doch liegt dies nun schon einige Zeit zurück. Jetzt geht es nicht einfach um Selbstinszenierung, sondern um den Opfermythos schlechthin. Allein schon das Sicheinfühlen in die Opfer erscheint als Element der Erkenntnis. Es lässt die auf diese Weise am Leid der Opfer Teilhabenden sich besser fühlen, und es scheint sie auch besser zu machen.

Dieser Vorgang ist nicht auf den einzelnen Menschen beschränkt, sondern mittlerweile auf der gesellschaftlichen Ebene präsent. So verwundert es nicht, dass bei der gegenwärtigen Beschäftigung mit der Lenin-

grad-Blockade nicht Tat und Täter und die Gründe für die Tat im Mittelpunkt stehen, sondern das Leiden der Opfer. Die Opferperspektive wird dabei zum legitimatorischen Ausgangspunkt der Kritik anderer Sichtweisen. So heißt es über die DDR-Geschichtspolitik, über Leningrad sei zwar anders als in der BRD durchaus informiert worden, doch habe die Stadt als Folge der Übernahme des sowjetischen »Heldennarrativs« als Symbol für den sowjetischen Widerstand und den Sieg der Roten Armee gegolten. Die neue Geschichtsschreibung aus der Opferperspektive sei hingegen in der Lage, sowohl das westdeutsche Verschweigen als auch die Ignorierung des menschlichen Leids in der ostdeutschen Darstellung zu überwinden. Teil des aktuellen Erkenntnisstands ist die wenig überraschende Feststellung, die Aushungerung Leningrads sei aus rassistischen Motiven erfolgt.

Es verwundert, dass eine Wissenschaft, die in der Tradition der Tatverleugnung steht und Teil eines gesellschaftlichen Kontextes ist, in dem man die Täter rehabilitiert und den Opfern die Entschädigung verweigert, durch die Emotionalisierung des Erkenntnisprozesses in Form des Perspektivwechsels auf die Opfer und die damit notwendig verbundene Relativierung der Bedeutung gesellschaftlicher Aspekte zu solchen Erkenntnisfortschritten kommen will. Die Skepsis wird angesichts von Behauptungen wie der, Besatzungspolitik und Hungerblockade hätten im antislawischen Rassismus ihre Ursache gehabt, noch größer. Denn dagegen ließe sich einwenden, dass ebensowenig wie der kolonialgeprägte Rassismus zum Kolonialismus geführt hat, sondern Teil der Legitimation seiner Verbrechen war, auch der antislawische Rassismus – obschon er spezifische Vorgehensweisen prägte – nicht entscheidend für den Plan gewesen ist, große Teile Osteuropas zu kolonisieren.

Der neue, auf Emotion setzende Forschungsansatz ermöglicht kaum relevante zeitgeschichtliche Erkenntnisse, öffnet aber den Blick auf eine neue Variante der überkommenen Praxis imperialer Herrschaft, die Spuren ihrer Untaten zu verwischen. Das verbessert zwar unsere Erkenntnisfähigkeit hinsichtlich aktueller Praktiken nicht. Aber immerhin wissen wir jetzt, was Außenminister Maas zu seinen emotionalen Worten über die Schicksale und Erinnerungen der Überlebenden veranlasst hat. ●

Wigbert Benz: *Hans-Joachim Riecke, NS-Staatssekretär. Vom Hungerplaner vor, zum »Welternährer« nach 1945.* Wissenschaftlicher Verlag Berlin, Berlin 2014, 127 Seiten, 19 Euro

Rolf Surmann schrieb in konkret 8/21 über Bestrebungen der deutschen Erinnerungspolitik, Gedenktage des Zweiten Weltkriegs zu revisionistischen Zwecken zu nutzen